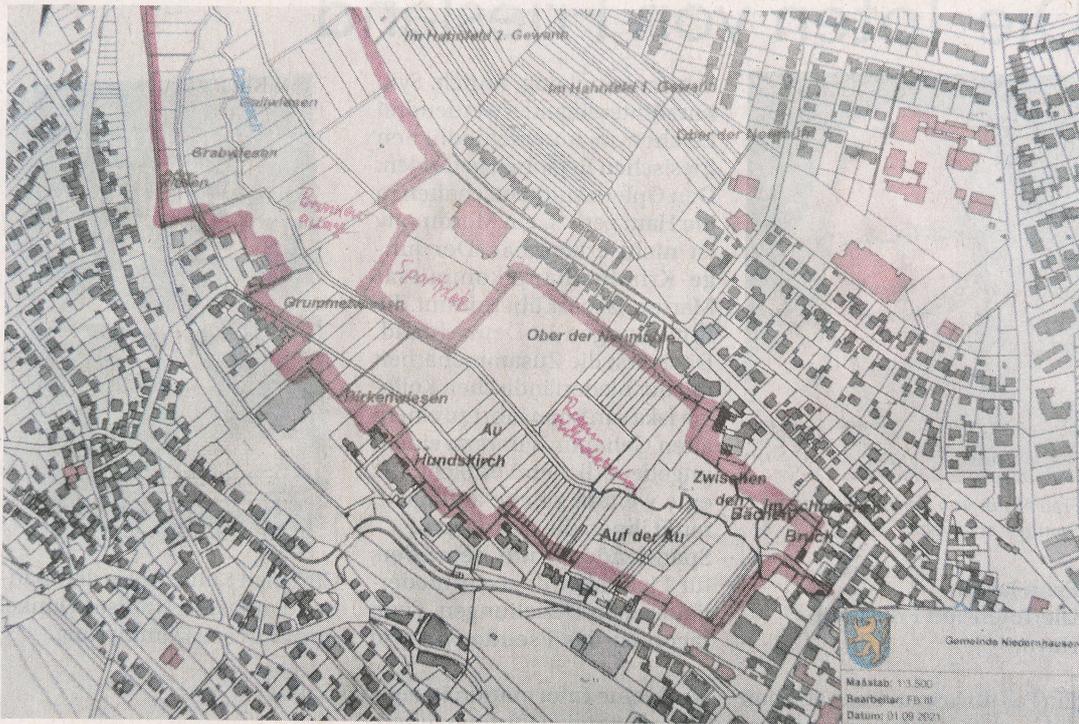




Das Autal bleibt unberührt



Nach der Mehrheitsentscheidung des Plenums vom 22. März 2023 soll diese Areal künftig von jeder Bebauung frei gehalten werden

Nicht nur Anlieger, sondern auch viele Bürger und Bürgerinnen sowie der, ihnen nächste politische Vertretung, Ortsbeirat von Königshofen haben sich unmissverständlich gegen eine Bebauung auf dem Grundstück Hundskirch ausgesprochen. Nach einer knappen Abstimmung im Bauausschuss sollte die Gemeindevertretung in ihrer Sitzung am 22. März aufgefordert werden, für eine Variante 1 der Machbarkeitsstudie Konzepte und Angebote zur Realisierung einer Bebauung einzuholen. Die speziell an der Wohnbebauung für Senioren – einer Vermehrung des Angebotes an Pflegeplätzen – ausgerichtet sein soll. Eine Bürgerinitiative hat sich dagegen ausgesprochen, mit Argumenten, die hier bereits ausgeführt wurden.

Nun sah eigentlich die Meinungsbildung der politischen Kräfte in der Gemeindevertretung zu diesem Thema alles nach einer Mehrheit für die Weiterverfolgung der Pläne zur Bebauung – nach der Empfehlung des Bauausschusses – aus. Doch es kam anders. Tobias Vogel (SPD) erinnerte an die Verpflichtung und das Wahlversprechen der SPD zur Kommunalwahl, mit zusätzlichem Wohnraum den nach wie vor erheblichen Wohnbedarf

decken zu wollen. Insbesondere an „betreutem“ Wohnen für ältere Menschen denke er da, für die die ortsnahe Lage des Hundskirch gut geeignet sei. Zumal das Grundstück in einem Kompromiss nur zu 50 % bebaut werden sollte. Er verwies auf die „Machbarkeiten“ in der Frischluftversorgung, keiner Überschwemmungsfläche, Versorgung mit Frisch- und Entsorgung Abwasser sei unproblematisch, die Feuerwehr hätte keine Bedenken – nur die Verkehrsanbindung sei „bedingt geeignet“. Die SPD empfehle die Zustimmung zur Vorlage. Für die CDU-Fraktion verwies Christian Brinker auf die parteiübergreifende Ablehnung einer Bebauung durch den Ortsbeirat Königshofen. Sowie auf eine Machbarkeitsstudie, die in der Verkehrsanbindung und der Bauflächen, die die Feuerwehr benötigt, nicht überzeugt. Und stellte einen konkurrierenden Antrag. Der da lautet: Die Aufstellung eines Bebauungsplanes und Änderung des Flächennutzungsplanes wird eingestellt. Die Fläche „Hundskirch“ wird – wie auch das Autal in den beigefügten Umrissen (siehe Bild) – wird künftig von jeder Bebauung frei gehalten.

Manfred Hirt (fraktionslos) sieht kein Kriterium, das eine Bebauung nicht erlaube – ein

von Bürgermeister Joachim Reimann als Alternative erwähnte Grundstück in der Farnwiese hält er nicht für geeignet. Mehr inhaltlich und nach Sachlage wünscht sich Rainer Brosi (Grüne) die Debatte. Erwünscht sich zur Klarheit ein Konzept zur Bebauung, auch weil das Brandschutzgutachten „fern jeder Realität“ sei.

Für Doris Michels (CDU) ist es völlig ungeklärt, woher später Personal zum Betrieb einer Seniorenwohnanlage kommen soll. Von der „Blockadehaltung der CDU“ enttäuscht ist Klaus Herber (SPD), da diese vorher keine Pläne oder Ideen gesehen hätten.

Für die FDP sagt Sylvia Hofmann, dass wegen der ausgewiesenen Ausgleichs- und Naturfläche, ungeklärter Verkehrsanbindung und der einstimmigen Ablehnung des Königshöfer Ortsbeirates ihre Fraktion eine Bebauung ablehnen werde. Bereits zur Stellungnahme in seinem Amt als Seniorenbeauftragter aufgefordert, will Achim Belak „differenzieren“ und seinem erklärten Engagement für Wohnraum, der besonders für die älteren Mitbürger geeignet ist, durch seine Stimmenthaltung entsprechen. Streitbar bemängelte Lothar Metternich (CDU) keine Bereitschaft der Fraktionen von SPD und WGN

zum Kompromiss – so wolle er das Kleinod Autal hüten und die Ortsbeiräte von Königshofen „Ernst nehmen“.

Der Vorsitzende Alexander Müller rief zur Abstimmung – die Argumente waren ausgetauscht. Nun war Gelegenheit, sich an eine Frage zu Beginn der Debatte nach der Anwesenheit der Gemeindevertreter an Zahl und Fraktion zu erinnern. Es waren 34 von 37 Gemeindevertreter anwesend. Nun bestimmte vorhandene Arithmetik und eben der Zufall dieses Tages das Abstimmungsergebnis. Mit einer Stimme Mehrheit wurde der konkurrierende Antrag der CDU zur Unbebaubarkeit des Autales angenommen. Eberhard Heyne